

Hajo Funke

Was tun gegen rechts Gegenwärtige No-go-areas



Prof. Dr. Hajo Funke, geb. 1944, Studium der Politik- und Sozialwissenschaften, Gastprofessuren in Berkeley, Kopenhagen und Linz/Österreich, lehrt Politik und Kultur am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Vom Autor erscheint demnächst: Rechtsextremismus in der Berliner Republik, Verlag Das Arabische Buch, Berlin.

Im Herbst 2000 kann trotz des Anziehens der Repressionsschraube und einer dreimonatigen ernsthaften öffentlichen Debatte keine Entwarnung gegeben werden. Die rechte Szene scheint sich auf die öffentliche Debatte einzustellen, oft verdeckter als zuvor zu agieren und jetzt erst recht den Rechtsstaat „vorzuführen“. Nicht zuletzt die antisemitischen Grabschändungen während der höchsten jüdischen Feiertage, die anhaltenden Übergriffe auf Ausländer und Obdachlose und schließlich die Hinweise auf informelle rechtsterroristische Übergriffe zeugen davon. Rechte Szenen und No-go-areas gibt es trotz anhaltender Beschwichtigung und Bagatellisierung und dem Verweis auf sinkende Straftat-Statistiken etwa in Brandenburg in einer Vielzahl von Ortschaften und Städten. Aus ihnen und den Gruppen in ihnen kommt ein beträchtlicher Teil der Gewalttaten. Ihre Dunkelziffer ist, wie die im folgenden skizzierten Beobachtungen zeigen, außerordentlich hoch.¹

Die im folgenden exemplarisch beschriebenen rechten Szenen von Schönbruch, Wriezen und Guben sind nach Gestalt und Ausbreitung unterschiedlich ausgeprägt, aber für die rechte Jugendszenerie nicht untypisch. Sie entsprechen im wesentlichen quantitativen Untersuchungsergebnissen zur Ausbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen und Gewaltbereitschaften. Danach sind etwa jeweils nur wenige Prozent rechte Gewalttäter; etwa 20 Prozent sympathisieren mit der Gewalt gegen Ausländer; mehr als zwei Drittel (Shell-Studie 2000) stimmen der Äußerung zu, nach der es in Deutschland zu viele Ausländer gibt.² Nach einer Untersuchung von Stöß und Niedermayer teilen etwa 20 Prozent der Branden-

1 Vgl. dazu genauer: Peter Wetzels u.a., Gewalterfahrung, Schulschwänzen und delinquentes Verhalten Jugendlicher in Rostock. Forschungsberichte des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, Hannover (Mai) 2000.

2 Siehe den Beitrag von Sturzbecher/Landua in diesem Heft sowie Dietmar Sturzbecher, Jugend in ostdeutschland - Lebenssituationen und Delinquenz, Opladen 2000.

burger erwachsenen Bevölkerung ein rechtsextremes Weltbild, etwa 40 Prozent fremdenfeindliche Einstellungen. (Nach einer weiteren Untersuchung von Sturzbecher und Freytag teilen etwa 30 Prozent der Jugendlichen in Brandenburg feste, ausgeprägt antisemitische Einstellungen; nur 25 Prozent der männlichen Jugendlichen können sich vorstellen, einen Juden als Freund zu haben.)

Vor dem Hintergrund dieser quantitativen Erhebungen stellen die Skizzen der rechten Jugendszenen in den drei genannten Orten *qualitative Profile* aufgrund entsprechender Beobachtungen dar.

1. Schönbruch

Schönbruch hat 6000 Einwohner, liegt zwischen Oranienburg und Berlin und hat eine gewaltbereite rechte Szene von etwa 20 bis 30 männlichen Jugendlichen, einen engeren Sympathisantenkreis von etwa 100 Jugendlichen, das sind etwa 20 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 19 Jahren. In Schönbruch hat es innerhalb der letzten 12 Monate mehr als 100 Übergriffe gegen sogenannte „Linke“, „Kiffer“, „Zecken“ und Kinder von aus Berlin zugezogenen Familien gegeben. Solche zum Teil schweren körperlichen Verletzungen ebenso wie ausländerfeindliche Überfälle können jederzeit erfolgen. Die potenziellen Opfer sind machtlos. Weder Polizei noch Verwaltung und Politik am Ort oder im Kreis reagieren angemessen. Dem korrespondiert das mir vom Führer der rechten Szene Peter K., 18 Jahre, gegebene Statement:

„Spannungen, Konflikte in Schönbruch? Ja. Ab und zu gibt es einen Ordnungsgong. Wenn der nicht reicht, dann ein zweites Mal. Das geht gegen die Zecken. Vor allem gegen die Kiffer. Wir müssen unsere Kleinen vor denen schützen.“

Peter K. ist Verehrer von Rudolf Hess, hält die Juden für „Diebe“, Türken und vor allem Asylbewerber für das Schlimmste und verteidigt „Deutschland“ und „meine Rasse“ - und organisiert an dem Samstag, an dem ich ihn spreche, ein nazistisches Konzert am gleichen Ort (am 30. September 2000). Die rechte Szene ist in der Region über Mitglieder von Kameradschaften und der NPD weit vernetzt. Der letzte bekannte Übergriff auf einen Skater am Ort erfolgte wenige Tage zuvor - die *nichtrechte Jugend* fühlt sich terrorisiert. Anzeigen werden aus Angst kaum erstattet. *Die Dunkelziffer dürfte sich auf das mindestens 10fache der angezeigten Übergriffe belaufen – vermutlich ist sie noch weit höher*³

Die wenigen Eltern, die sich gegen den Terror des Szenemobs für ihre und andere Kinder einsetzen, sind eher eingeschüchtert. Sie berichten von Vorfällen, an denen 15 bis 20 Skinheads in bedrohlicher Haltung an der Haustür der Familie eines potenziellen Opfers stehen, diese die Polizei aus dem 20 Minuten entfernten Ort der Polizeistation ruft, und diese sie darauf fragt, ob sie die Skinheads nicht hineinlassen wollen. In anderen Fällen taucht die Polizeistreife verspätet auf, ohne dass die beiden Beamten, vermutlich aus Angst, überhaupt aussteigen. In einem weiteren Fall taucht sie trotz mehrfacher Anrufe während der gesamten Nacht nicht auf. Weder Gemeinde noch Bürgermeister haben dieses wiederholte Verhalten öffentlich gemacht oder Korrekturen verlangt. Ein Großteil der Bevölkerung übt sich in ängstlichem, teils auch zustimmendem Schweigen. Eine Eskalation auch durch die ihnen womöglich aufgenötigte Notwehr der Jugendlichen ist nicht ausgeschlossen. Es gibt ernstzunehmende Morddrohungen.

3 Vgl. auch Wetzels, Gewalterfahrung.

In jedem Fall - und das ist zur Beurteilung der Situation von Schönbruch entscheidend - sieht sich die rechte Szene als „Herren im Hause“, vor allem während der Nacht, auf den Straßen, den Plätzen und vor den Wohnungen im Dorf. Es ist ein Akt interessierter Gleichgültigkeit, dass die drei nichtdeutschen Imbissbuden und Restaurants von der rechten Szene bisher nicht angegriffen worden sind - wie jene türkischen Bauarbeiter, deren VW-Bus unter „Sieg Heil“-Rufen in Flammen aufging.

Die rechte Szene von Schönbruch sieht sich als Herren der Abende und der Nächte. Die, wie Hannah Arendt schrieb, „verbrecherischen Instinkte des Mobs“ entscheiden darüber, wen sie als Objekt ihres diffusen Hasses ausersehen. Sie wissen, dass ihnen angesichts ihres Kontrollsystems über Handys und Autos niemand im Dorf entgeht. Die potentiellen Opfer wissen um diese Gewaltverhältnisse und haben Angst. *(Namen von Ort und Personen sind anonymisiert.)*

2. Guben/Obersprucke

Die tödliche Hetzjagd einer rechten Gruppe mit NPD-Kadern auf drei Asylbewerber, auf Issak Kaba, Khaled Ben Saha und Farid Guendoul, der in der Hetznacht starb, bearbeitet ein seit Juni 1999 laufender Gerichtsprozeß, den ich in der Phase der Erhebung der Tatbestände 50 Stunden lang beobachtet habe. Hieraus und aus weiteren Dokumenten (etwa der „Opferperspektive Potsdam“) ergibt sich, dass die rechte Szene durch Gerüchte und falsche, rassistische Anschuldigungen auf Immigranten sich an jenem Abend gegenseitig aufschaukelte und völlig grundlos eine mehrstündige Jagd auf im Wortsinn alles Fremde unternahm. Dies kulminierte in Angriffen auf eine junge deutsche Frau, den Asia-Shop am Ort und auf die drei genannten Asylbewerber. Diese für Obersprucke typische Aufschaukelung des Mobs war der Polizei aus vorherigen Beobachtungen bekannt. Aber der Forderung einzelner Polizisten, deswegen um Verstärkung zu ersuchen, war von der örtlichen Polizeiführung nicht stattgegeben worden. Die Polizei hat in jener Nacht mindestens hilflos dem enthemmten Mob zugesehen - wenn sie sich nicht sogar zum Komplizen durch unterlassene Hilfeleistung gemacht hat.

Teile der Familien und der Nachbarschaft decken seither das Verhalten der rechten Clique. Dies wie die massive Unterstützung von zum Teil rechtsextrem orientierten Anwälten (unter ihnen der ehemalige Führer der als neonazistisch verbotenen Wiking-Jugend) hat die Gruppe zusammen mit einem fahrlässig geführten Gerichtsprozeß seither in ihrem Verhalten nicht in Frage gestellt, sondern stabilisiert. Erkundungen vor Ort belegen, dass Nichtrechte sich nach wie vor bedroht sehen, angegriffen werden - zum Teil von den vor Gericht stehenden Szenemitgliedern.

3. Wriezen

In Wriezen bei Bad Freienwalde hielten Skinheads am 12. März 2000 über sechs Stunden lang mithilfe von Baseballschlägern eine sogenannte „Zeckenjagd“ ab. Dabei wurde einer der Verfolgten lebensgefährlich verletzt und konnte nur durch eine Notoperation gerettet werden. Die Polizei war eine Stunde vor der Jagd benachrichtigt worden und hat über Stunden nicht angemessen eingegriffen. Dies wurde zunächst bestritten, der Bürgermeister verharmloste den „Vorfall“ ebenfalls, bis Mütter der Opfer auf Aufklärung drangen, die

Polizei sich in Widersprüche verwickelte und dies an die Öffentlichkeit gebracht wurde. Nun erst sahen sich Bürgermeister wie Polizei zur Korrektur ihrer Aussagen genötigt.

Ohne die Courage der Mütter, die Hilfe der „Opferperspektive Potsdam“ und des mobilen Beratungsteams im Rahmen des „Toleranten Brandenburg“ wäre - wie in Schönbruch oder Guben - weder die Öffentlichkeit schnell genug informiert noch die Erkenntnis zugelassen worden, dass Rechtsstaat wie Politik vor Ort versagten.

Diese Beispiele mögen illustrieren, dass *die zuständigen Institutionen, vor allem die Polizei, in sich bildenden No-go-areas und „national befreiten Zonen“ die Sicherheit der ihnen anvertrauten Menschen nicht gewährleisten können. In Teilen etwa Brandenburgs (aber auch in anderen ostdeutschen Ländern) dominieren solche Zonen.* Es ist dabei exakt ihr Ziel, möglichst viele Unerwünschte, oft nach fremdenfeindlich-rassistischen Kriterien, in Angst und Schrecken zu versetzen oder sie an Leib und Leben zu bedrohen. Sie betreiben damit massiv „Provokations-, Raum- und Räumungsgewinne (gegen andere)“ (Heitmeyer).

Zum genauen quantitativen Ausmaß solcher No-go-areas und „national befreiter Zonen“ fehlt eine angemessene sozialwissenschaftliche Erhebung; sie müsste mindestens in den Orten erhoben werden, in denen seit 1990 93 Menschen ermordet wurden und in denen seit 1990 über 12.000 rechtsextreme Gewalttaten zu beklagen sind. Jedenfalls ist sicher, dass diese seit etwa drei Jahren beobachteten und beschriebenen Formen des Rechtsextremismus mit denen vor 1989 klassifizierten wenig zu tun haben. Nirgendwo in Westeuropa gibt es vergleichbare, in solch massiver Weise von verbrecherischen Mobs dominierte Zonen.

Bisher ist die damit verbundene polizeiliche, politische und geistige Herausforderung von Teilen der politisch Verantwortlichen öffentlich nicht erkennbar angenommen worden. *Es gibt keine Sicherheit für Schönbruch oder für Obersprucke*, die die Bedrohten effektiv schützt, auch keine nachprüfbar entscheidenden Schritte dazu - wie sie jüngst erneut der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Andreas Nachama, anlässlich der Kette von Übergriffen auf jüdische Einrichtungen angemahnt hat. Es gibt für Schönbruch kein Konzept, die öffentlichen Räume und die potenziell bedrohten Opfer auch nur annähernd zu schützen. Der Rechtsstaat erweist sich damit in seiner Kernverantwortung als nicht zureichend kompetent. Forderungen nach Zivilcourage sind von Staats wegen in dem Maße glaubwürdig, in dem dieser seine Aufgaben konsequent wahrnimmt.

So lange begreift der Rechtsextremismus nämlich die bislang in seiner Sicht erfolgreiche Taktik, den Rechtsstaat vorzuführen, in der Tat als Erfolg, mit dem er wiederum seine Werbe- und Druckstrategie, insbesondere gegenüber den nun 12- bis 14-jährigen, verstärkt.

Der Befund ist so einfach wie ernüchternd: In jedem der skizzierten und in einer Vielzahl weiterer Fälle ist die Substanz der rechtsstaatlichen Sicherung der physischen Unversehrtheit und der Menschenwürde angegriffen. Darin ist die Strategie der „national befreiten Zonen“ seitens der Neonationalsozialisten und der NPD und anderer erfolgreich. So ist sie gemeint. Deswegen gibt es sie - auch im Herbst 2000.

Ohnehin vielfach eher formale, gar „entleerte“ (Heitmeyer) bzw. abwesend apathische demokratische Institutionen werden durch diese skizzierte Strategie und Praxis der extremen Rechten weiter geschwächt. Umso weniger werden sie von den Bürgern als gestaltbare demokratische Institutionen angenommen und entfaltet. Damit aber wächst zugleich die Distanz zur Demokratie und die politische Apathie.

Politische und gesellschaftliche Konsequenzen im Umgang mit dem Rechtsextremismus

1. Die Verantwortung „der“ Politik

So lange es „national befreite Zonen“ gibt und massive Übergriffe der rechten Szene bedarf es neben und *vor dem Appell zum „Aufstand der Anständigen“* des Anstands der *Zuständigen*. Sie müssen alles tun, dass niemand diskriminiert, ausgegrenzt und in seiner Menschenwürde gefährdet wird, und zwar in dreierlei Hinsicht:

Es sollte *erstens* das Nötige an Ausbildung, Anweisung und Organisation getan werden, dass *Polizei (wie Justiz) ihren Obliegenheiten nachkommen können*.

Die *zweite Empfehlung richtet sich an die politische Klasse und die politische Öffentlichkeit, alles zu unterlassen, was potenzielle Opfer mittelbar oder unmittelbar in den Augen des rechten Mobs zusätzlich zu stigmatisieren vermag*. Sei es, Ausländer und Asylbewerber in die Nähe der Kriminalität zu rücken, Skater und Jugendliche in die Nähe von Drogen und „Kiffen“ und Linke und Demokraten als vermeintliche „Linksextreme“ abzuwerten. Es wäre ein *Moratorium* insbesondere für Zeiten von Wahlkämpfen zu überlegen, mindestens solange die Reden von einer *„Einwanderungsgesellschaft wider Willen“*, *„90 Prozent Scheinasylanten“*, *Parolen des „Das Boot ist voll“ zu unterbrechen*, so lange die beschriebene Gefahr eines virulenten Rechtsextremismus, Antisemitismus und einer Fremdenfeindlichkeit sowie der feige Rassismus des rechten Mobs nicht eingedämmt sind und als im wesentlichen behoben erachtet werden können. Das wäre dann der Fall, wenn die beschriebenen Gruppen von einer großen Mehrheit tatsächlich als integraler Bestandteil der deutschen Nation anerkannt und geachtet sind. Eine Allparteien-Koalition sollte sich zur Herstellung dieses liberalen Konsenses verstehen können.

Wir haben am Beispiel der abwertenden Diskurse der frühen neunziger Jahre nachgewiesen⁴, dass sie ein Resonanzboden für entsprechend disponierte Gewalttäter sind, die dadurch zu ihren Taten ermutigt werden und ihre Hemmschwellen absenken. Solche *Redeweisen sind geeignet, mittelbar rassistische Gewalt zu befördern*. Dafür spricht auch, dass *gerade autoritär sozialisierte Gewalttäter entsprechende Signale selektiv aufgreifen und in ihr Legitimationsreservoir integrieren*. Umfangreich ist die abwertende Assoziationstechnik in ihrer latenten Gewalttrichtung in „BrandSätze“ nachgewiesen worden.⁵

Gegenüber dem Einwand, öffentliche Debatten seien „tabulos“ zu führen und notwendiges Element der Demokratie auch und gerade in Wahlkampfzeiten, sei auf die Aussage des ehemaligen Verfassungsrichters Helmut Simon verwiesen, der auf „Bereichen der Unabstimmbarkeit“ in der Frage von Grundrechten bestanden hat. *Danach dürfen und sollten Fragen, die die Menschenwürde aller Menschen zu beeinträchtigen vermögen, nicht (mehr) im Sinne einer solchen Beeinträchtigung traktiert werden*.

Auch der Verweis auf angebliche oder reale Ängste der Bevölkerung und das notwendige Aufgreifen solcher Ängste durch politische Parteien ist so jedenfalls zweischneidig. Es gilt, dass der verantwortliche Umgang mit diesen Ängsten und ihre mögliche Aufklärung entscheidend sind. Jedenfalls ist unaufgeklärtes Aufgreifen falscher, gar paranoider Ängste vor „Überfremdung“, „Überflutung“ oder gar die Zerstörung „deutscher Identität“ durch Ausländer Privileg rechtsextremer und neonationalsozialistischer Demagogie und wäre selbst rechtsextrem.

4 Vgl. Hajo Funke, Brandstifter, Göttingen 1993.

5 Siegfried Jäger u.a., BrandSätze, Duisburg 1994; siehe auch den Beitrag von Jäger/Jäger in diesem Heft.

Drittens wäre zu empfehlen, die gegenwärtig insbesondere von Polizei und Ausländerbehörden praktizierte *Politik der Abschreckung insbesondere gegenüber Asylbewerbern, aber auch gegenüber sogenannten Kontingentflüchtlingen etwa aus Bosnien zu mildern* und möglichst aufzuheben (dies gilt besonders für schwer traumatisierte Bosnier). Sie etwa, wie von höchsten Regierungskreisen, mit dem Hinweis zu legitimieren, „sonst kommen Millionen“, ist empirisch in keiner Weise gedeckt. Der Umgang mit Immigranten muß in erster Linie menschenrechtlichen Maximen folgen. Der Abbau solcher staatlich gestützter Abschreckungspolitik sollte sich vor allem auf die Maßnahmen und Praktiken richten, die geeignet sind, für die rechte Szene negativen Vorbildcharakter zu haben: etwa die Alltagsdiskriminierung im Zusammenhang mit Chipkarten, die Isolierung und Ghettoisierung von Asylbewerbern in abgelegenen Waldzonen, die sonst in Europa kaum so vorhandene Einschränkung der Bewegungs-, Ausbildungs- und Arbeitsspielräume.

Es wird in der öffentlichen Debatte oft übersehen, dass ein großer Teil der von den Behörden abgelehnten Asylbewerber dennoch zu Recht in Deutschland lebt, da sie nach internationalen Schutzstandards als De-facto-Flüchtlinge oder Kontingentflüchtlinge in Deutschland bleiben müssen; sie wären bei einer Rückkehr an Leib und Leben gefährdet. Ihnen sollte in großzügigen, sogenannten Altfallregelungen nach vier oder fünf Jahren Bleiberecht gewährt werden. So können bestimmte Kosten etwa durch überbeuerte Kollektivunterkünfte, behördliche Maßnahmen und langjährige Rechtsverfahren abgebaut werden.

Fazit: Der Schutz der Menschenwürde und der physischen Unversehrtheit aller ist Kernaufgabe des Staates, (2) eine von Abwertung freie öffentliche Sprache Gebot der politischen Moral und (3) der Abbau staatlich gestützter Abschreckungspraktiken von großer politischer Vorbildfunktion. Erst in dem Maße, in dem diese Mindestbedingungen einer Politik des Anstands nachprüfbar und glaubwürdig umgesetzt werden, wird der Appell an den Aufstand des Anstands glaubwürdig.

Eine Symbolsprache der humanen Zeichen und Signale erreicht die Parallelgesellschaft der terroristischen kleinen Cliquen in No-go-areas allerdings längst nicht mehr. Der Gewalt informeller terroristischer Cliquen kommt man nicht durch Signale bei, sondern durch eine Strategie, die das Verbreiten von Furcht und Schrecken und den feigen Rassismus mit Hilfe des staatlichen Gewaltmonopols bricht, sowie durch Verbote gewaltverherrlichender Vereinigungen und neonationalsozialistischer Parteien.

2. Stärkung der Zivilgesellschaft und Verbesserung des Opferschutzes

Das erwähnte Beispiel aus Wriezen macht klar, dass, solange es in Teilen Deutschlands keine effiziente Polizei zur Durchsetzung der Menschenwürde gibt, sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben *öffentlich unter Druck gesetzt werden kann*: durch Medien, Politik und Institutionen der Zivilbevölkerung, auch durch Zivilcourage. Die direkte Kontrolle durch die Öffentlichkeit erschwert es der Polizei, ihre Aufgabe nicht wahrzunehmen. In diesem Sinn ist eine öffentlich-zivile Kontrolle der Effizienz oder Nichteffizienz der Polizei vonnöten. Zonen, in denen Menschenrechte gefährdet sind, brauchen ein Sicherheitskonzept, in dem die Polizei flexibel auch und gerade mit von rechten Szenen bedrohten Jugendlichen eng und vertrauensvoll kooperiert. Eine solche, mit zivilen Institutionen kooperierende Polizeistrategie ist besser geeignet, potenzielle Opfer zu schützen (dies geschieht etwa entsprechend der Konzeption der Polizeipräsidentin Ute Leichsenring in Eberswalde.)

Opferperspektive

Opferberatungsstellen - wie die der „Opferperspektive Potsdam“ - gehen in ihrer „Perspektive“ von der Gefährdung potenzieller Opfer und der oft traumatischen Erfahrung von Opfern selbst aus. An der Traumatisierung des Opfers der Gubener Hetzjagd, Khaled Ben Sahas, kann, da sie öffentlich dokumentiert ist, gezeigt werden, wie er unter der Hetzjagd und vor allem dem nachfolgenden inhumanen Umgang mit dem Opfer durch die Behörden gelitten hat. Khaled Ben Saha war kurz nach der Hetzjagd, bei der er bewusstlos geschlagen worden war und später gefesselt Stunden im Polizeirevier verbringen musste, nach Potsdam verlegt worden. Mehrfach war er befragt - sein unsicherer Status allerdings nicht gesichert worden. Erneut war er durch Skinheads, nun in Potsdam, angegriffen worden - eine retraumatisierende Erfahrung. Trotz der Erfahrungen im Umgang mit Traumatisierung haben es sich die zuständigen Stellen versagt, ihren Ermessensspielraum zugunsten einer positiven Behandlung seines Antrags auf ein Bleiberecht zu nutzen. Statt dessen folgten sie verquasteten juristischen Begründungsversuchen, ihm dieses Recht zu verweigern.

Ähnlich bei Kaba, dem dritten, ebenfalls überlebenden Opfer der Hetzjagd von Guben, der als Zeuge im Gerichtsprozeß aussagte und den die Rechtsanwälte der Angeklagten mit stundenlangen Befragungen zum physischen Zusammenbruch getrieben hatten und der ebenfalls unter prekären Bedingungen in Brandenburg lebt.

Die Opferperspektive versucht, unter den obwaltenden negativen Bedingungen so gut es geht, die Opfer anzusprechen und in ihrem Umgang mit dem traumatischen Geschehen zu betreuen, zu unterstützen und ihnen insbesondere bei rechtlichen oder sozialen Problemen zuverlässig zu helfen.

Zugleich aber geht es der Opferperspektive um eine *Umkehr der Perspektive* - vom Täter und seinen Motiven auf das Opfer und seine Traumatisierung. Im Mittelpunkt von Hilfe und öffentlicher Erörterung steht die Solidarität mit dem Opfer und die Entsolidarisierung mit dem Täter, vor allem der Tat. Dies schließt vor allem die Anerkennung des Problems ein: des Skandals des jeweiligen Übergriffs statt seiner Bagatellisierung. Es schließt ein, sich öffentlich und mit der möglichen Unterstützung der Presse an die Seite der Opfer zu stellen. Aus dieser Perspektive heraus wird an den antirassistischen Konsens der Demokraten, konkret der Bürger am Ort appelliert, aber ebenso daran, dass die Institutionen des Rechtsstaats die Ahndung der Tat und die Bestrafung der Täter unmittelbar und zügig vornehmen. Angestrebt wird durch die Konfrontation mit der traumatischen Erfahrung des Anderen zugleich eine Grundbedingung erlebter Demokratie, nämlich der Befähigung zur Empathie als zentralem Element der für die Demokratie notwendigen „demokratischen Persönlichkeit“.⁶ Eine solche Übernahme der Perspektive des Anderen ist im aufgeklärten demokratischen Selbstinteresse. Man wird an der Verletzung des Anderen gewahr, was man an Verletzungen in seinem eigenen Leben erfahren hat und ist so durch die Erinnerung an die eigenen Erfahrungen eher befähigt und motiviert, das Gemeinwesen als soziales und humanes zu verteidigen. Eine solche Opferperspektive greift so moralphilosophische Reflexionen etwa des jüdischen Philosophen Emanuele Levinas ebenso auf wie die von Jürgen Habermas zur Einbeziehung des Anderen als Kern der liberalen Republik.

⁶ Vgl. Gesine Schwan, Politik und Schuld, Frankfurt/M. 1997.

Jugendarbeit und Prävention

Zur angemessenen Bewältigung des vor allem jugendlichen Rechtsextremismus reicht es weder, „die Repressionsschraube anzuziehen“, noch auf Zivilcourage in der Gesellschaft zu setzen. Dafür sind die mentalen und sozialen Verursachungsfaktoren des Rechtsextremismus zu tief in der Gesellschaft verwurzelt - und werden bis in die Gegenwart durch soziale und politische Erfahrungen gestärkt. Neben den autoritären Erfahrungen in Familie und Gesellschaft sind es schwerwiegende Täuschungen und Enttäuschungen zu Anfang der neunziger Jahre und noch einmal, als sich viele der mit der Treuhand-Politik verbundenen Erwartungen Mitte der neunziger Jahre als Seifenblasen erwiesen. Mit dem 1998 von Helmut Schmidt scharfsichtig analysierten „Absturz Ost“ verbinden sich weitreichende gesellschaftliche Erfahrungen sozialer Anomie, die bisher weder gesellschaftlich noch individuell zureichend verarbeitet werden konnten. Hinter der statistischen Beobachtung, dass nur einer von zehn am gleichen Arbeitsplatz tätig ist, verbergen sich *zerstörte Perspektiven von Individuen und Familien* zum Teil in ganzen Regionen jenseits des Glanzes der großen Städte. Schon die Pionierarbeit der Gemeinde-Soziologie, die Studie Marie Jahodas und Paul Lazarsfelds über „Die Arbeitslosen von Marienthal“, hat auf die schwerwiegenden und vielfach nicht verarbeitbaren Erfahrungen einbrechender Arbeitslosigkeit während der Weltwirtschaftskrise in Österreich und die daraus resultierenden Konflikte in Familie und Alltag eindringlich aufmerksam gemacht; Helmut Schelsky hat unter anderen Bedingungen auf die Überlast von Familien in den fünfziger Jahren hingewiesen, und Dietmar Sturzbecher berichtet heute über abweisende Erziehungsstile und Verwahrlosungserscheinungen in Familien, die zu sehr von der Arbeitslosigkeit in den neunziger Jahren in Brandenburg belastet worden sind. Ähnliches haben Pfeiffer und Wetzels für Rostock erhoben. Hinter den Kathedralen der Großstädte findet sich sozial verwüstetes Land von Rudolstadt bis Milnersdorf in der Uckermark.

Rechte jugendliche Milieus spiegeln oder verschärfen nicht nur fremdenfeindliche und rassistische Traditionen in der erwachsenen sozialen Umwelt; sie lassen sich zu Instrumenten neonazistischer Kaderlogistik machen. Die „Flucht in die Unfreiheit“ der rechten Cliques ist oft auch *Resultat verzweifelter Wut über sozial-ökonomische Brachen, die sich im rassistischen Mob austobt und Ansätze eines spezifischen informellen rechtsterroristischen Milieus bei Jugendlichen produziert*. In Teilen der ostdeutschen Gesellschaft in der anhaltenden Transformationskrise treffen wir auf diese Formen von *Alltagsfaschismus*.

Jugendarbeit hat nur in dem Maße eine Perspektive, wie sie *Jugendliche da abholt, wo sie sind*, von ihrer Lage ausgeht und ihnen vor Ort oder ortsnah zu einer gesellschaftlichen Integration aussichtsreich verhelfen kann. Dazu bedarf es der Mitarbeit oft sozial verhärteter, zugleich den Rechtsextremismus bagatellisierender Schulregime, der Jugend- und Sozialämter und eines Angebots an *Jobs auch im zweiten oder dritten Arbeitsmarkt*: kurz, der gesellschaftlichen Integration in den sozialen Nahraum in der sozialen Stadt.

Professionelle Sozial- und Jugendarbeit geht daher mehrheitlich davon aus, dass bis auf die Kader Jugendliche auch mit Bomberjacken angenommen werden, um mit ihnen in der gemeinsamen Jugendarbeit *Regeln* zu entwickeln, die sich auf das Verbot rechtsextremer Äußerungen und Handlungen auch außerhalb des gegebenen Jugendclubs erstrecken. Es hängt von der Qualität ihrer Arbeit und dem jugendpolitischen Netzwerk ab, ob ein Teil der rechts orientierten Jugendlichen aus dem Verblendungszusammenhang der rechten Cliques sich zurückzieht oder nicht. *Erfolgreiche demokratische Jugendarbeit - wie sie beispielsweise in Fürstenwalde, Treptow/Berlin oder Milnersdorf/Uckermark durchgeführt wird, knüpft*

(1) an sozialen Bedürfnissen und Problemen an: *der oft prekären sozialen und finanziellen Lage, nicht mehr bewältigbarer Konflikte im Elternhaus, der Ausbildungssituation und fehlender Schulmotivation*. Sie bietet Chancen, sich mithilfe des Netzwerks von Jugend-, Sozial- und Jugendhilfe-Institutionen das Leben neu organisieren zu können; sie ist gebunden an Rechtsextremismus klar abweisende Regeln; darin ist diese Jugendarbeit sowohl demokratiepolitisch wie sozial erfolgreich – so in Milmersdorf.

(2) „*Anideologisierte*“ Jugendliche werden mit ihren rechten Versatzstücken, die nicht zuletzt mit Ängsten und Aggressionen zugleich zutun haben, in *Lern-Auseinandersetzungen verwickelt*; zusammen mit der positiven Erfahrung, doch etwas wert zu sein und etwas leisten zu können, können dann ideologische Führer und Autoritäten rechter Cliques sogar „entthront“ werden.

(3) Erst dann aber, wenn es in der Region *Ausbildungs- und Arbeitsperspektiven*, Chancen zu einem eigenen Einkommen und zu gesellschaftlicher Integration gibt - und dies sind gerade auch soziale Nischen zweiter und dritter Arbeitsmärkte und spezieller Jugendprojekte diesseits von Globalisierung und Internetwelten -, können rechts dominierte Jugendmilieus mit Erfolg demokratisch umgekehrt werden. Jugendarbeit und Jugendprävention bedarf daher einer im Osten trotz sozialdemokratischer Kritik an den Folgen von ökonomischer Einigungspolitik und Treuhand-Politik weithin fehlenden sozialdemokratischen Wirtschafts-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

(4) Eine solche integrierte Präventionspolitik braucht eine auch demokratiepolitisch ausgebildete *Jugend- und Sozial- sowie Schulsozialarbeit*; die *flexible Kooperation von Schulverwaltungen, Lehrern, Jugend- und Sozialämtern und Bürgermeistern*.

(5) „*Best practices*“ wie in Treptow, Milmersdorf oder Fürstenwalde und Hennigsdorf zeigen zum Teil faszinierende Erfolge in der Zurückdrängung rechter Szenen - was sich nicht zuletzt in der zum Teil wütenden und gefährlichen Bedrohung der dafür Verantwortlichen durch die Kaderlogistik der Neonazis spiegelt. Diese Erfahrung gilt es, nicht nur in Modellprojekten, sondern möglichst flächendeckend auszuwerten und anzuwenden. Die oft übliche bürokratische Logik begrenzter quantitativer finanzieller Rahmenvereinbarungen oder vorsichtig angelegter Modellprojekte reicht dazu nicht aus. Es bedarf der massiven, auch finanziellen Unterstützung professioneller Sozial- und Jugendarbeiter, mobiler Beratungsteams („Tolerantes Brandenburg“), der Opferperspektiven und antirassistischer Initiativen in den Kommunen. Nur so kann die inzwischen entwickelte Kompetenz der Jugendarbeit gegenüber rechts dominierten Szenen Eingang in eine politische Strategie zur Bekämpfung jugendlichen Rechtsextremismus finden.

(6) Mobile Beratungsteams und Opferhilfe-Gruppen haben erfolgreich an der Revitalisierung von „Zivilgesellschaft“, „Zivilcourage“, wie am Fall von Wriezen exemplarisch beschrieben, beratend und intervenierend gearbeitet. Im Kern geht es auch über Konflikte um *die Initiierung der Kooperation zwischen potenziellen Opfern, antirassistischen Jugendinitiativen (etwa von Skatern oder von Flüchtlingsinitiativen) mit den zuständigen Institutionen*, die für eine gesellschaftliche Demokratisierung vor Ort von Bedeutung sind: die Jugend- und Sozialämter, die politische Verwaltung, die Bürgermeister und eine Polizei, die sich zu einem flexiblen, kooperativen Sicherheitskonzept versteht; ebenso die Schulverwaltung, Lehrer, Eltern, interessierte Teile der Bevölkerung. Vor dem „Aufstand der Anständigen“ kommt die Erzielung der Effizienz der Zuständigen.

Nicht immer ist die Arbeit so erfolgreich wie in dem kleinen Ort Milmersdorf in der Uckermark, wo es der Jugendarbeit erst über Jahre gelang, zunächst die Rechten anzunehmen, sie dann in einen Lernprozeß zu verwickeln und schließlich die örtliche Schule sowie

die örtliche Verwaltung und den Bürgermeister nicht zuletzt durch öffentliche Konflikte und die Unterstützung mobiler Beratungsteams zu einem flexiblen, kooperativen Netzwerk heranzubilden - ein Netzwerk, das sich ansatzweise auch kreativ gegen eine reale Arbeitslosigkeit von weit mehr als 50 Prozent richtet.